



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

184. Ratssitzung vom 1. April 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/616 und 2025/618

6032. 2025/616

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.12.2025: Erhöhung des Anteils an städtischen Kitas auf mindestens einen Viertel bis 2040

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/616 und 2025/618

Lisa Diggelmann (SP) begründet die Dringliche Motion GR Nr. 2025/616 (vergleiche Beschluss-Nr. 5619/2025): Mit der vorliegenden Motion fordern wir einen Richtungswechsel in der Landschaft der Kindertagesstätten (Kitas) der Stadt Zürich. Nur rund 4 Prozent der Kitaplätze in der Stadt Zürich werden aktuell durch städtische Einrichtungen sichergestellt, die übrigen von privaten Anbietern. Gemäss kantonaler Gesetzgebung ist die Stadt verpflichtet, ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Betreuungsplätzen im Vorschulbereich bereitzustellen. Dieses Ziel konnte bisher hauptsächlich durch die Subventionierung von privaten Kitaplätzen erreicht werden. Aktuell ist aufgrund eines hängigen Rechtsverfahrens unklar, ob diese Form der Subventionierung auch künftig möglich sein wird. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf. Wir fordern einen Richtungswechsel. Bis ins Jahr 2040 soll mindestens ein Viertel aller Kita-Plätze durch die Stadt betrieben werden. Nur mit einem substanziellen öffentlichen Angebot kann die Stadt die Kontrolle über Qualität, Betreuungsschlüssel und pädagogische Inhalte zurückgewinnen. Zunehmend investieren Finanzinvestoren in grössere private Kita-Ketten – mit dem Ziel, ihre Rendite zu maximieren. Anbieter wie die Globegarden GmbH und internationale Konzerne kaufen kleinere Kitas auf. So wurde bspw. die Gruppe «pop e poppa familienservice» im Jahr 2025 von einem französischen Konzern übernommen. Diese Entwicklungen werfen Fragen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen sowie des Kindeswohls auf. Die frühkindliche Betreuung wird zunehmend zum Geschäftsmodell: Grosse Kita-Ketten werden von Investoren aufgekauft, Renditeerwartungen treten an die Stelle von pädagogischer Verantwortung. Wenn internationale Konzerne und Finanzinvestoren den Takt vorgeben, geraten Arbeitsbedingungen, Betreuungsqualität und letztlich auch das Kindeswohl unter Druck. Die Stadt Zürich muss dagegenhalten und eine stärkere kommunale Verantwortung übernehmen.



Dadurch werden der Übergang in die Volksschule erleichtert, die Sprachförderung gestärkt und langfristig die Bildungschancen verbessert. Die vorschulische Betreuung muss als Bestandteil des öffentlichen Bildungswesens betrachtet werden. Darüber hinaus eröffnet es die Möglichkeit, Familien in prekären Situationen gezielter zu unterstützen, soziale Ungleichheiten zu verringern und benachteiligte Haushalte nachhaltig zu entlasten. Das Ziel eines Viertels könnte u. a. erreicht werden, indem die Stadt Zürich grössere private Kita-Betriebe mit mehreren Standorten übernimmt. Dabei soll das bestehende Personal selbstverständlich weiterbeschäftigt werden. Für die SP, die Grünen und die AL ist klar: Die Stadt Zürich darf die Verantwortung für die frühkindliche Betreuung nicht länger an den Markt delegieren. Kinderbetreuung darf keine Ware sein, sondern muss als öffentliche Aufgabe gedacht und priorisiert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die Stadt Zürich war in den letzten Jahren sehr zurückhaltend mit expansiven Plänen städtischer Kitas. Wir haben das Wachstum im Wesentlichen dem privaten Markt überlassen und sind mit Subventionierungen aufgetreten. Die aktuellen rechtlichen Entwicklungen, aber auch andere Fragestellungen rund um die Zukunft der Kita-Landschaft der Stadt Zürich führen dazu, dass die Frage legitim ist, ob die städtischen Kitas in Zukunft eine grössere Rolle spielen sollten. Wir sind sehr gerne bereit, diese Frage zu prüfen – im Zusammenhang mit dieser Motion und dem Postulat beim nächsten Traktandum. Allerdings möchten wir uns zum aktuellen Zeitpunkt nicht auf ein Volumen festlegen. Daher sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns den Prüfauftrag als Postulat übergeben.*

Lisa Diggelmann (SP) ist nicht einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Moritz Bögli (AL) *begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2025/618 (vergleiche Beschluss-Nr. 5621/2025): Lisa Diggelmann (SP) hat schon einiges zur Grundsatzproblematik gesagt. Das System, das uns von Bund und Kanton im Bereich der Kitas aufgedrückt wird, ist nicht sinnvoll. Es unterwirft den Kita-Bereich einer Marktlogik. Die Nachfrage ist unelastisch. Ihr lässt sich mit einem Angebots- und Nachfragesystem schlecht nachkommen. Als freiwillige vorschulische Kinderbetreuung sollte sie ins Schulsystem integriert und folglich durch Steuern finanziert werden. Die heutigen Vorstösse sind eine Notlösung im jetzigen System. Wir können das von Bund und Kanton vorgeschriebene System nicht umgehen. Es ist unglaublich wichtig, dass wir die heutige Motion und das Postulat überweisen. Das Postulat gibt dem Stadtrat zwei Stossrichtungen, mit welchen Mitteln die Motion umgesetzt werden kann. Erstens sollen beim Bau von städtischen Liegenschaften und Wohnbaustiftungen Räumlichkeiten für Kitas eingeplant werden. Bei Kindergärten ist dies Usus. Zweitens soll die Stadt bestehende Kitas erwerben. Das ist der schnellste Weg, um den städtischen Anteil zu erhöhen. Die Angestellten dieser Kitas profitieren von besseren Arbeitsbedingungen der Stadt – vor allem aktuell, da die vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen durch Gerichte blockiert werden. Der Fokus soll dabei auf den grossen kommerziellen Anbietern liegen; einerseits, weil das Portfolio*



damit schnell vergrössert werden kann, andererseits weil sie sich in einer anderen Situation als Kleinstbetriebe befinden. Gleichzeitig könnten Kleinstbetriebe zum Teil Interesse an einem Verkauf an die Stadt haben. Für sie ist der Markt, auf dem die Grossen viele Synergien nutzen können, sehr schwierig geworden. Bisher lehnte die Stadt Anfragen dieser Kitas ab. Oft müssen diese dann schliessen oder werden von Grossen aufgekauft. Von einem Kauf durch die Stadt profitieren oft auch die bisherigen Inhaber*innen, die potenziell als Geschäftsführer*innen weiter beschäftigt werden können. Wir wünschen uns diese Praxisänderung. Es ist zentral, dass wir die Anzahl der städtischen Kitas erhöhen. Dadurch können die Arbeitsbedingungen und auch die Qualität verbessert werden. Aktuell verlassen viele den Beruf aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen. Die Motion und das Postulat sind wichtige Schritte, um die Kinderbetreuung der Marktlogik zu entziehen und sie guten Arbeitsbedingungen sowie besserer Qualität zu unterstellen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Januar 2026 gestellten Ablehnungsantrag zum Dringlichen Postulat GR Nr. 2025/618: Das Postulat erkennt die Ursachen der aktuellen Probleme. Die Stadt Zürich setzt seit Jahren falsche politische Rahmenbedingungen. Überbordende Regulierungen, hohe Abgaben und immer mehr dirigistische Steuerung belasten vor allem privat betriebene Kitas. Diese Politik ist für die aktuelle Konsolidierung auf dem Markt mitverantwortlich. Statt eigens verschuldete Probleme zu korrigieren, fordert das Postulat eine schrittweise Verstaatlichung der familienergänzenden Betreuung. Private Strukturen sollen systematisch aufgekauft und in städtische Betriebe überführt werden. Dadurch werden Marktverzerrungen bewusst in Kauf genommen und bestehende Fehlanreize mit Steuergeldern kaschiert. Dass städtische Kitas automatisch bessere Qualität und Arbeitsbedingungen bieten, ist weder belegt noch sachlich begründbar. Ein staatlich dominierter Kita-Sektor führt zu höheren Kosten, weniger Vielfalt und einem weiteren Rückzug privater Anbieter. Eine verantwortungsvolle Politik würde die Rahmenbedingungen für alle Kitas verbessern, Bürokratie abbauen und private Engagements stärken. Der massive Ausbau staatlicher Strukturen ist der falsche Weg.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verbali (FDP): Wollen wir ein vielfältiges, funktionierendes Angebot in der Kinderbetreuung oder eine schleichende Verstaatlichung? Heute werden in der Stadt Zürich 320 Kitas privat betrieben und nur zehn durch die Stadt; das funktioniert bestens. Jetzt verlangt die SP in der Motion, dass der Anteil städtischer Kitas auf 25 Prozent gesteigert wird. Sie verlangt damit einen Ausbau, obwohl ein Geburtenrückgang und ein Überangebot bestehen. Das Postulat zeigt, wie das erreicht werden soll: die Übernahme bestehender privater Kitas, ein «unfriendly takeover» durch die öffentliche Hand. Es geht um die Verlagerung vom Privaten zum Staat. Wenn die öffentliche Hand anfängt, gezielt funktionierende private Anbieter zu übernehmen, verlässt sie den Weg der Partnerschaft und greift aktiv in den Markt ein. Das ist staatliche Expansion auf Kosten funktionierender privater Anbieter. Das ist kein fairer Wettbewerb. Die Stadt würde dadurch gleichzeitig Schiedsrichter und Spieler: Sie setzt die Regeln und tritt gleichzeitig als



Grossanbieter auf. Die Übernahme grosser Anbieter setzt falsche Anreize. Die erfolgreichen Anbieter werden sich kaum von der Stadt übernehmen lassen. Die defizitären Anbieter können dann an die Stadt verkaufen und die finanziellen Risiken liegen bei der öffentlichen Hand. Das ist finanziell nicht nachhaltig. Viele Argumente der Motion stehen im luftleeren Raum: Wo sind die belastbaren Daten, dass das heutige System die Ziele nicht erreiche? Auch die kantonalen Ziele, die Lisa Diggelmann (SP) vorgelesen hat, könnten mit einem neuen Subventionssystem wie Betreuungsgutscheinen erreicht werden. Wo ist der Nachweis, dass Qualität, Zugang oder Anstellungsbedingungen ungenügend sind? Die Befürworter sagen, die städtischen Kitas seien besser, weil die Qualität und die Arbeitsbedingungen besser seien. Das heutige System würde dies infrage stellen. Es würde bedeuten, dass in den letzten zehn bis zwanzig Jahren ein unsoziales System verteidigt wurde. Auch viele private Kitas leisten sehr gute Arbeit, sonst würde das System nicht funktionieren. Die Stadt soll gute Rahmenbedingungen setzen. Sie hat eine wichtige Rolle als Regulator, zur Qualitätssicherung und als Finanzierer, muss aber nicht zu einem dominanten Anbieter werden. Der Stadtrat lehnt die Motion ab und will sie zum Postulat umwandeln. Er sagt, es brauche erst eine Bedarfsanalyse, ein Ausbau wäre sehr komplex und es bestünden grosse Unsicherheiten. Sogar der Stadtrat sieht, dass die Vorstösse nicht ausgereift sind. Er spielt auf Zeit, damit er das prüfen kann. Die Motion und das Postulat gehen für die FDP in die falsche Richtung. Sie setzen auf mehr Staat statt auf einen funktionierenden Markt, auf Ausbau ohne ausgewiesenen Bedarf und auf feindliche Übernahme statt fairen Wettbewerb. Die Zürcher Kita-Landschaft funktioniert heute bestens. Die Stadt darf nicht zur Totengräberin privater Kitas werden.

Ronny Siev (GLP): Was ist das wieder für ein Vorstosspaket? Wir haben ein gut funktionierendes System von Kinderkrippen. Wir verbessern es; die Stadt Zürich kontrolliert und reguliert, damit alles gut läuft. Es gibt immer Verbesserungspotenzial. Links-Grün sieht nur eine Lösung: die Verstaatlichung. Diese bringe bessere Qualität sowie Arbeitsbedingungen und die Kinder seien glücklicher und gesünder. Nur ein Viertel soll staatlich sein – was ist mit den anderen drei Vierteln? Wo ist die Bildungsgerechtigkeit? Die ganze Logik ist absurd. Wir haben zehn staatliche Kinderkrippen. Das ist völlig in Ordnung. Diese liegen beim Triemlisital, beim Waidspital und an gewissen Orten, an denen es sonst keine gibt. Sonst haben wir ein gut funktionierendes System. Es gibt überhaupt keinen Grund, einen «U-Turn» hinzulegen. Wir lehnen Motion wie Postulat ab.

Marcel Tobler (SP): Ich bin mit Marita Verbali (FDP) und Ronny Siev (GLP) weitgehend einig, dass wir eine gut funktionierende Kita-Landschaft haben, eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Privaten. Public-private-Partnerships sind ein gutes Beispiel, wie dies funktionieren kann. Der Hintergrund der beiden Vorstösse ist notgedrungen. Die grosse Reform wurde vom Bezirksrat kassiert und ist beim Verwaltungsgericht hängig. Im Wesentlichen wurde das Normkostenmodell kritisiert und angegriffen – mit der Begründung, dass die Stadt zu stark in die Wirtschaftsfreiheit der privaten Kita-Unternehmen eingreife. Was machen wir, wenn es vom Verwaltungsgericht gutgeheissen wird? Dann hätten wir eine rechtlose Situation bei der Kita-Finanzierung. Das Kartenhaus würde zusammenbrechen. Für diesen Fall brauchen wir eine Ersatzoption. Mit dem Vorstoss hätten wir einigermassen genug Kitaplätze. Die Anzahl der Plätze ist eine



Schätzung, was realistisch erscheint. Wir können nicht von heute auf morgen alle privaten Kitaplätze übernehmen. Eigentlich wollen wir an der heutigen Zusammenarbeit nichts ändern, doch das System droht vor Gericht kassiert zu werden.

Yves Henz (Grüne): *Die rechtsbürgerliche Reaktion ist entlarvend: Kein Wort wurde zum Urteil gesagt, kein Wort zur grossen Fragestellung des Normkostenmodells, kein Wort zu einer potenziellen Lösung, wenn es kassiert wird und wir in einen rechtlosen Zustand fallen. Was passiert dann mit der Betreuungsqualität, den Anstellungsbedingungen, den Elternbeiträgen? Dies wurde von Lisa Diggelmann (SP), Moritz Bögli (AL) und Marcel Tobler (SP) gut ausgeführt. Ich möchte auf eine positive Note zu sprechen kommen. Der aus der Not gewachsene Vorstoss kann in den nächsten Jahren zu einem grossen Sieg für die Familien in der Stadt Zürich werden. Städtische Kitas ermöglichen es, langfristig sichere, bezahlbare, qualitativ hochwertige Kitaplätze und faire Anstellungsbedingungen als Service public zu garantieren. Für die Eltern, Kinder und Angestellten wird die heutige Entscheidung für städtische Kitas ein grosser Sieg sein. Aus sozialer, feministischer, gewerkschaftlicher und Kindeswohl-Sicht ist der Ausbau der städtischen Kitas ein wichtiger Erfolg. Markt- und Profitlogik haben in der Kinderbetreuung nichts zu suchen. Die Stadt muss jetzt auf die Situation und das Urteil reagieren und bestehende Kitas mit dem Personal, grosser Autonomie und wenig Bürokratie übernehmen. Das ist der pragmatische Weg, der langfristig Qualität und Bezahlbarkeit sichert. Heute machen wir aus der Not heraus einen wichtigen Schritt nach vorne. Es ist ein Sieg für die Betreuungsqualität, die Bezahlbarkeit und die Arbeitsbedingungen.*

Florine Angele (GLP): *Ronny Siev (GLP) hat bereits erwähnt, dass die GLP gegen städtische Kitas ist. Wir sehen die Verstaatlichung nicht als notwendig an. Wir haben ein funktionierendes System. Wir sehen es nicht als gangbaren Weg, obwohl wir die neue Kita-Verordnung mitgetragen haben. Im Postulat schreiben Sie, dass die Stadt die grösseren Kitas am besten übernehmen solle. Diese verdrängten aktuell die kleinen Privaten. Künftig wären es die städtischen Kitas, die diese verdrängen. Das möchte ich nicht.*

Roger Föhn (EVP): *Die links-grüne Forderung stellt einen markanten Richtungswechsel dahingehend dar, dass die Stadt mehr Kitas übernehmen und operativ führen soll. Bislang galt die Devise, dass sich die Stadt dort, wo Private etwas gut machen, nicht mit Konkurrenzangeboten einmischen soll. Heute sind 95 Prozent der Kitas privat organisiert. Ihre grosse Stärke liegt darin, sich schneller auf die Bedürfnisse der Familien einstellen zu können. Sie entwickeln neue pädagogische Konzepte und können flexibel auf schwankende Kinderzahlen reagieren. Möchte die Stadt im grossen Stil Kitas übernehmen, entsteht eine direkte Konkurrenzsituation. Das ist sehr problematisch, weil die öffentliche Hand gleichzeitig Regulatorin, Subventionsgeberin und Mitbewerberin wäre. Private Kitas tragen die Risiken und Investitionen in Gebäude, Personal und Infrastruktur selbst. Bei der Stadt würde der Steuerzahler all das übernehmen. Eine moderne Familienpolitik soll weniger auf staatliche Konkurrenz im Kita-Markt setzen, sondern auf gute Rahmenbedingungen, damit genug hochwertige Kitaplätze zu fairen Preisen angeboten werden können. Wenn tatsächlich ein rechtsfreier Raum entstehen sollte: Was ist*



der Unterschied, wenn die Stadt oder die Privaten Kitas haben? Das habe ich nicht verstanden. Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt sowohl die Motion wie auch das Postulat ab.

Selina Walgis (Grüne): Die ersten Lebensjahre sind extrem prägend für das weitere Leben. Deshalb ist die Arbeit, die in den Kitas geleistet wird, wichtig und wird oft unterschätzt. Wir haben leider sehr wenige städtische Kitas, weil es die Stadt Zürich in der Vergangenheit verpasst hat, mehr davon aufzubauen. Jetzt sind wir in der Situation, dass nicht mehr Kitas gebraucht werden. Darum würde es keinen Sinn ergeben, einfach mehr städtische Kitas zu fordern. Damit würden wir die Konkurrenz erhöhen. Deshalb fordert der Vorstoss, Hand in Hand mit den privaten Kitas zu übernehmen. Das wäre wichtig für die Arbeitsbedingungen, die Erhöhung der Zugänglichkeit und um den städtischen Standard zu setzen. Die Stadt kann die Bedingungen selbst bestimmen, was bei den Privaten nicht der Fall ist. In dieser Situation ist es die beste Lösung, wenn wir mehr städtische Kitas möchten. Der Vorstoss überrascht vielleicht, da der Weg hin zu mehr städtischen Kitas schon lange gegangen werden sollte. Die Stadt Zürich muss vermehrt Verantwortung übernehmen und bereit sein, diese wichtige Arbeit zu leisten.

Marita Verbali (FDP): Marcel Tobler (SP) und Yves Henz (Grüne), wir sind nicht auf das Thema der kassierten Reform eingegangen, weil es schlichtweg kein Problem darstellt. Winterthur hat das Normkostenmodell ebenfalls kassiert bekommen. Dennoch hat es hauptsächlich private Kita-Betriebe und es funktioniert. Die Eigentumsverhältnisse müssen nicht verändert werden, weil das Finanzierungssystem angegriffen wird. Roger Föhn (EVP) hat bereits gesagt, dass wir uns nicht in einem rechtsfreien Raum bewegen. Es gibt genügend andere Finanzierungsmöglichkeiten, bspw. über Betreuungsgutscheine, die die FDP in einer Motion fordert. Bezahlbarkeit erreichen wir nicht durch eine faktische Enteignung privater Kitas, sondern über ein gutes Finanzierungssystem.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Ich will nicht, dass künftig in der Stadt Zürich nur noch diejenigen mit Glück und Beziehungen in einer städtischen Kita landen können. Deshalb unterstützen wir das Postulat und die Motion nicht.

Lisa Diggelmann (SP): Die private, von einem Verein betriebene Kita meiner Tochter gerät dauernd unter finanziellen Druck. Zu sagen, es funktioniere alles wunderbar, ist ein Verschliessen der Augen vor der Realität. Vor fünf Jahren hatten wir einen Riesenskandal bei Globegarden. Die Realität ist, dass die grossen Kita-Betriebe auf Kosten der Kinder Profit machen, indem sie die Betreuungsschlüssel nicht einhalten. Wir brauchen einen Richtungswechsel. Die städtischen Kitas sind komplett ausgelastet, die Nachfrage ist noch viel grösser. Sie bieten gute Bedingungen und haben keine Personalprobleme. Es liegt auf der Hand, warum es mehr städtische Kitas braucht.

Yves Henz (Grüne): Im Sumpf des Neoliberalismus geht das Wohl der Kinder und das Interesse der Eltern vergessen. Es hat nie jemand die kleinen oder mittleren gemeinnützigen Kitas infrage gestellt, deren Betreibende und Angestellte gute Arbeit leisten. Die Realität ist jedoch, das haben wir beim Fall Globegarden gesehen, dass grosse Kita-Betriebe den Profit an die erste Stelle stellen. Wir müssen unsere Politik an dieser Realität



orientieren. Wer das Kindeswohl an die erste Stelle und weiterhin auf bezahlbare und qualitativ hochwertige Plätze in dieser Stadt setzen will, stimmt heute zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Wir hätten das Angebot an Kitaplätzen in den letzten 15 Jahren in der Stadt Zürich ohne private Kitas nicht bereitstellen können. In diesen wird häufig ausgezeichnete Arbeit geleistet. Die Anforderungen an die Kinderbetreuung sind aber nicht mehr dieselben wie vor 15 Jahren. Das Prinzip der Förderung und Unterstützung und die Art und Weise, wie wir die Qualität betrachten, sind wichtiger geworden. Die Anstellungsbedingungen sind eine Herausforderung für private Kitas. Diese Themen wollten wir mit einer Verordnungsrevision für den privaten Markt aufnehmen. Das ist jetzt blockiert. Diese Themen können wir mit städtischen Kitas eher adressieren. Wir brauchen dafür keine Verordnungsanpassungen und müssen keinen Gerichtsweg befürchten, weil wir grosse Freiheit geniessen, wie es auch im Urteil des Bezirksrats steht. Darum und in Anbetracht dieser veränderten Situation ist es richtig, dass wir uns überlegen, ob städtische Kitas eine grössere quantitative Rolle als heute einnehmen sollen. Wir werden nicht von einem Tag auf den anderen eine aggressive Handelsstrategie fahren und private Kitas zusammenkaufen. Es geht um ein längerfristiges Projekt. Zum Thema Verordnungsrevision und Rekursverfahren: Wir befürchten keinen rechtsfreien Zustand, sondern einen, der uns noch längere Zeit daran hindert, unsere Ziele – auch gemeinsam mit privaten Kitas – zu erreichen. Deswegen nehmen wir den Prüfauftrag gerne entgegen und werden sehen, wie wir ihn in die Gesamtentwicklung einbinden können.*

Die Dringliche Motion wird mit 61 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

6033. 2025/618

**Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.12.2025:
Betrieb von zusätzlichen städtischen Kitas mittels einer Übernahme von
bestehenden Kitas sowie der Nutzung eigener Liegenschaften und Liegen-
schaften von städtischen Stiftungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/616, Beschluss-Nr. 6032/2026

Moritz Bögli (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5621/2025).



8 / 8

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Januar 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 61 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat